

Stand: 26.06.2026 10:36:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1915

"Für ein soziales Europa der Arbeitnehmer!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1915 vom 14.05.2014
2. Beschluss des Plenums 17/1991 vom 15.05.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 15.05.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Für ein soziales Europa der Arbeitnehmer!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zu einem starken sozialen Europa mit guter Arbeit und fordert alle politischen Ebenen auf, in der Europäischen Union in der nächsten Wahlperiode für eine grundlegende Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Sorge zu tragen.

Dazu gehören:

1. die Stärkung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte (z.B. ein klares Bekenntnis zur Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft);
2. der Ausbau der Partizipations- und Mitbestimmungsrechte in Unternehmen mit europäischer Rechtsform und bei transnationalen Unternehmensaktivitäten;
3. faire Regeln für den EU-Arbeitsmarkt, Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort;
4. eine rigorose Bekämpfung von Schwarzarbeit, Schattenwirtschaft, Schlepperunwesen und Korruption und eine strenge Ahndung von Verstößen gegen soziale Grundrechte und Sozialstandards;
5. die Absicherung und Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes;
6. eine umfassende Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungspolitik (Geschlecht, Entgeltgleichheit usw.);
7. eine den Lebensstandard sichernde und armutsfeste Rentenpolitik unter Wahrung der Heterogenität der nationalen Rentensysteme;
8. ein arbeitsplatzschaffendes Zukunftsprogramm für die Jugend (Jugendbeschäftigungsgarantie usw.).

Begründung:

Die europäische Integration verliert bei den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union an Akzeptanz. Viele haben den Eindruck, dass in der EU ihre materiellen und sozialen Interessen zu kurz kommen, weil die Politik einer „marktgerechten Demokratie“ (Merkel) zu sehr auf die Märkte ausgerichtet ist. Immer mehr Menschen droht sozialer Abstieg. Der von Sozialkommissar László Andor 2013 vorgestellte Europäische Sozial- und Beschäftigungsbericht zeigt, dass sich die soziale Spaltung in Europa im Zuge der einseitigen Bekämpfung der Finanz-, Schulden- und Bankenkrise verschärft hat. Die Lebensumstände in vielen EU-Mitgliedstaaten, vor allem aber auch zwischen nördlichen und südlichen Euro-Ländern, klaffen immer weiter auseinander, mit schwerwiegenden Folgen für alle – wie zum Beispiel Ab- und Zuwanderung. Dabei stellt sich die Lage ausgerechnet in der Euro-Zone dramatisch schlechter dar als im Rest Europas.

Arbeitslosigkeit, Armut, Ungleichheit und soziale Ausgrenzung haben infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise zu-, statt abgenommen. Neben der alarmierenden Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen Euro-Ländern gibt es einen europaweiten Trend zur Polarisierung zwischen gut und schlecht bezahlten Jobs. Dazu kommt eine demografische Entwicklung, die auch funktionierende Wohlfahrtssysteme unter Druck setzt. Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine soziale Krise geworden, die sich verfestigt. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander, Arbeitslosigkeit und Armut wachsen in vielen Ländern. Davon ist die Jugend Europas besonders betroffen. Arbeitnehmerrechte werden zum Teil drastisch abgebaut, Grundrechte werden nachhaltig verletzt.

Die einfache neoliberale Gleichung Wachstum = Wohlstand ist in der Lebenswirklichkeit nicht aufgegangen, zumindest nicht für alle. Im Gegenteil: Die aktuelle Entwicklung fördert die Armutsmigration, schwächt weiter die Identifikation der Bürger mit der EU, stärkt nationalistische Strömungen, gefährdet den sozialen Frieden und das europäische Projekt als Ganzes.

Nur wenn sozialpolitische Aspekte bei europäischen und die EU betreffenden Entscheidungen künftig den gleichen hohen Stellenwert haben und genauso berücksichtigt werden wie fiskal- und wirtschaftspolitische, wenn die EU neben der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine starke soziale Ausrichtung der EU ein zweites, arbeitnehmerfreundliches Standbein bekommt, kann die europäische Integration das not-

wendige Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen.

Die europäische Politik ist nicht alternativlos. Es gibt Alternativen – wir brauchen einen klaren Politikwechsel für ein soziales, gerechtes und demokratisches

Europa. Ein Europa mit Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung, ein Europa, in dem jüngere wie ältere Menschen in Würde arbeiten und leben können, wie dies die europäische Idee auch zum Inhalt hat.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/1915

Für ein soziales Europa der Arbeitnehmer!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Linus Förster

Abg. Ulrike Müller

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Mechthilde Wittmann

Abg. Christine Kamm

Staatsministerin Emilia Müller

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus

Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. und Fraktion (SPD)

Für ein soziales Europa der Arbeitnehmer! (Drs. 17/1915)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike

Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Für ein soziales Europa der Demokratie, Subsidiarität und der sozialen

Marktwirtschaft (Drs. 17/1946)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf vorab bekannt geben, dass namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Für mich ist nicht ganz ersichtlich, ob diese den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER betrifft. – Wir stimmen also namentlich über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER ab. Ich darf als Erstem dem Kollegen Dr. Förster das Wort erteilen.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 25. Mai sind die Wahlen zum Europäischen Parlament. Diese Europawahl ist eine der wichtigsten Europawahlen seit Langem. Es geht darum, Vertrauen für die europäische Idee zurückzugewinnen. Viele Menschen sehen Europa mittlerweile zwiespältig. Die anstehende Frage, wie sich Europa entwickeln soll, damit es seine Bürgerinnen und Bürger wieder mitnimmt, ist eine Richtungsentscheidung. Wer die EU zukunftsfest machen will, muss sie vom Kopf auf die Füße stellen. Es lohnt sich, darüber zu diskutieren, gerne auch Streitig zu diskutieren. Denn Frau Merkel hat nicht recht. Ihre Politik ist nicht alternativlos, und die Vorstellung Frau

Merkels von einer marktgeprägten Demokratie ist nicht alternativlos; sie ist schlicht und einfach grundfalsch, sogar brandgefährlich.

(Beifall bei der SPD)

Wer Europa wirklich zukunftsfest machen und seinen Gegnern am rechten und linken Rand des Spektrums nicht seine Zerstörung überlassen will, muss es jetzt vom Kopf auf die Füße stellen. Aus sozialdemokratischer Sicht gehört neben vielen anderen Maßnahmen die Schaffung eines zweiten Standbeins, eines sozialen Europas, dazu, damit die EU bei den Arbeitnehmern wieder mehr Zuspruch erhält.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies hat unser Dringlichkeitsantrag zum Inhalt, für den ich hier um Ihre Zustimmung bitten möchte. Es gibt Alternativen. Wir brauchen einen Wechsel hin zu einem gerechten und demokratischen Europa, zu einem Europa mit Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung, zu einem Europa, in dem die Menschen in Würde leben und arbeiten können. Wir erwarten, dass diese Politik auf die Menschen, nicht vorrangig auf die Märkte ausgerichtet wird; denn Europa hat sich in den europäischen Verträgen das Ziel gesetzt, die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen zu verbessern.

In diesem Sinne haben wir beschlossen, mit unserem Dringlichkeitsantrag ein Zeichen zu setzen. Ja, noch vor diesem 25. Mai 2014 legen wir einen thematisch klaren Antrag vor, der viele Punkte enthält, wie wir uns das zukünftig bessere Europa vorstellen. Wir haben uns bewusst auf ein Thema konzentriert, anders als die FREIEN WÄHLER, die mit ihrem Antrag einen Blumenstrauß an Forderungen erhoben haben.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Europa ist ja auch bunt!)

- Das stimmt. Wir wollten aber ein Zeichen setzen, indem wir konkret und klar an einem Thema dranbleiben und es nicht nur anreißen. Dies passiert in diesem Wahlkampf mit sehr vielen Themen, bei denen Teilinformationen zu ganzen Kampagnen

führen. Diese schaden unter dem Strich nur Europa und Bayern und erschweren uns das politische Arbeiten unnötig. Hier waren wir uns am Dienstag im Europaausschuss weitgehend einig.

Heute bringen wir einen Dringlichkeitsantrag mit einem klaren Bekenntnis des Landtags zu einem starken und sozialen Europa ein. Wir fordern faire Löhne für gute Arbeit. Machen Sie sich darauf gefasst: Das ist nur der Anfang. Wir werden auf ebenso gründliche Art und Weise qualifizierte Anträge für Freizügigkeit, für die Gestaltung der neuen Finanz- und Bankordnung, für die europäische Klima- und Energiestrategie und zum bunten Europa nachreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Europa ist gut und wichtig. Es gilt, Europa zu gestalten. Wenn wir etwas für die Menschen in Bayern gestalten wollen, macht es Sinn, die Dinge konstruktiv und konkret zu benennen und das Ob und Wie klar zu verfolgen. Das ist möglich. Wie eingangs gesagt, ist der bisherige Weg der Europapolitik nicht alternativlos. Aber nicht nur die politische Ausrichtung, auch der politische Stil der Auseinandersetzung über den richtigen Weg ist nicht alternativlos. Auch darüber muss heute in diesem Parlament gesprochen werden. Wer mich kennt, weiß, dass ich nicht nur europapolitischer Sprecher, sondern auch jugendpolitischer Sprecher bin. Mein Lieblingsspruch lautet: Beides passt gut zusammen; denn Europa ist die Zukunft für die Jugend, und die Jugend ist die Zukunft für Europa.

(Beifall bei der SPD)

Diese Meinung vertrete ich mit Überzeugung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in manchen Situationen macht mir das Verhalten der CSU auf Europaebene immer wieder klar, wie ähnlich sich beide Bereiche sind.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Als jugendpolitischer Sprecher kommt man meistens dann zum Einsatz, wenn etwas falsch läuft. Dann interessiert sich jeder in diesem Hause, auch die CSU, für die Ju-

gend. Nehmen wir zum Beispiel die neuen Probleme auf dem Drogenmarkt, die durch Crystal Meth entstanden sind, und deren Auswirkungen auf die jungen Drogenkonsumenten. Crystal Meth ist auch unseren Innenpolitikern bekannt, weil wir damit Probleme an der deutsch-tschechischen Grenze haben. Crystal Meth ist eine extrem gefährliche synthetische Droge, die vergleichsweise billig ist, aber schnell süchtig macht und schwerste gesundheitliche Schäden hervorruft. Crystal Meth ist illegal. Die jugendlichen Konsumenten wissen das. Sie wissen, es ist nicht richtig, wenn sie diese Drogen kaufen und konsumieren. Aber sie tun es; denn wer es nimmt, fühlt sich mutiger und fitter. Alles wird schöner und besser, wie das halt bei Drogen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU, Sie agieren genau wie diese Junkies.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen ganz genau, wie gefährlich es ist, im Europawahlkampf zu zündeln. Sie wissen, dass es Europa und Bayern schadet, wenn Sie populistisch falsche Behauptungen aufstellen oder wenn Sie antieuropäische Stimmungen aufladen für einen Augenblick bierseliger Glückseligkeit in einem Bierzelt in Passau, in dem CSU-Anhänger, von anderen Drogen beflügelt, einem plump agitierenden Gauweiler zujubeln.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen, dass es falsch ist, wenn Sie in Brüssel Hü und in München Hott sagen, weil die ganze Breite einer Volkspartei zwischen die proeuropäischen Positionen in Brüssel und die antieuropäische Hetze Gauweilers passt, wie der CSU-Vorsitzende Seehofer zu sagen wagt. Sie wissen, dass dies falsch ist, ebenso wie die jungen Konsumenten der Droge Crystal Meth wissen, dass ihr Verhalten falsch ist. Die Konsumenten von Crystal Meth fühlen sich mutiger, geradezu unschlagbar. Das ist für sie sehr wichtig. Auch das verbindet die bayerische CSU mit den Drogenkonsumenten. Aber sie sind nicht unverwundbar. Sie sind nicht unschlagbar. Bedenken Sie: Die Sucht zieht ihre Konsumenten rasch in den Abgrund. Sie verwahrlosen, bauen körperlich ab, und das schlimmste ist: Die Droge zersetzt das Gehirn.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der CSU, anders kann Mann oder Frau es sich kaum erklären, warum Sie sonst im Großen und Ganzen als bekennende Europäer, die um die Wichtigkeit einer funktionierenden EU für Bayern wissen, auf so einen plumpen Wahlkampfmodus umswitchen. Wie gesagt, nicht nur die politische Auseinandersetzung, auch der politische Stil der Auseinandersetzung über den richtigen Weg ist nicht alternativlos. Ich meine den Stil, den der Ministerpräsident durch seinen Stellvertreter im CSU-Vorsitz Peter Gauweiler, durch seinen Generalsekretär, den ehemaligen kleinen Doktor aus Passau, und den vom Ministerpräsidenten, glaube ich, nicht unbedingt geschätzten Spitzenkandidaten aus Schwaben in diesem Wahlkampf pflegen lässt. Dieser von Ihnen seit Wochen praktizierte Stil ist nicht alternativlos, sondern unanständig, unverschämt und inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Lautsprecher des Ministerpräsidenten, Scheuer und Ferber, über den Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten Martin Schulz Schmutz ausschütten, über einen Mann, der als Präsident des Europäischen Parlaments endlich die Stimmen der Bürger und Bürgerinnen in der EU hörbar gemacht hat, ist das eine Frechheit!

(Beifall bei der SPD – Inge Aures (SPD): Jawohl!)

Wenn der Ministerpräsident des Freistaats Bayern den Präsidenten des Europäischen Parlaments von seinem Lautsprecher Scheuer als fremdgesteuerten undeutschen Agenten darstellen lässt, sind dies nicht nur Schmutzeleien, wie sie der charakterlich bekanntermaßen ach so einwandfreie CSU-Vorsitzende dem seiner Meinung nach charakterlich ach so unanständigen Rivalen Markus Söder normalerweise zuschreibt, sondern handfeste große Sauereien.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Söder, der jetzt leider nicht mehr da ist, hat in den Herren Scheuer und Ferber Gesellen gefunden.

(Zuruf von der CSU)

- Ach, er hat nur die Fronten gewechselt? – In Herrn Seehofer hat er seinen Meister gefunden. Über Herrn Scheuer will ich hier weiter nichts sagen. Er hat nicht nur seinen kleinen Doktor verloren, sondern auch seinen Ruf. Kein Wunder, dass er umso lauter poltert.

Aber ein Wort über Herrn Ferber: Wie perfide sein jüngster Ausfall in Nürnberg gegen Martin Schulz war, wird noch dadurch unterstrichen, dass derselbe Herr Ferber eben diesen Martin Schulz vor vier Wochen als Ehrengast in dieses Haus eingeladen hat, damit er auf der Landesveranstaltung der Europa-Union für die europäische Idee wirbt. Ich war dabei, weil ich Mitglied der Europa-Union bin. Damals hat Herr Ferber ihn noch als hochgeschätzten Parlamentarier bezeichnet. Und nun der Ausfall in Nürnberg! Jetzt geifert Herr Ferber über seinen Ehrengast.

(Klaus Holetschek (CSU): Herr Ferber ist ein guter Mann! Sie können froh sein, dass er in Europa ist!)

Die Äußerung, dass Martin Schulz für die Schlepperbanden in Afrika sei, die Flüchtlinge unter Gefährdung ihres Lebens nach Europa bringen, ist unerhört. Das ist eine Brunnenvergiftung, die an ganz andere Zeiten erinnert.

(Beifall bei der SPD)

Das hat freilich Methode. Das gilt nicht nur für Silvio Berlusconi mit seinem unseligen KZ-Vergleich in Bezug auf Martin Schulz. Das ist Dreck und dieses Hauses nicht würdig.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bürger und Bürgerinnen verdienen diesen Stil nicht. Er ist unserer Demokratie abträglich; er ist unwürdig. Wer die Bürgerinnen und Bürger für die europäische Idee gewinnen will, muss sie zur Stimmabgabe bei der Europawahl motivieren, muss redlich und anständig bleiben. Dies hat Ihnen Ihr CSU-Parteifreund Günther Oettinger ins Stammbuch geschrieben. Wenn Herr Oettinger nicht der Vorstellung des Herrn Ministerpräsidenten von einem Politiker auf Augenhöhe entspricht, sollte er wenigstens auf den Papst hören; denn der ist kraft Amtes unfehlbar. Der Papst hat angesichts der humanitären Katastrophe im Mittelmeer vor Lampedusa und des menschenverachtenden Umgangs mit Bootsflüchtlingen von uns Europäern einen humaneren, also christlicheren Umgang mit diesen Menschen eingefordert. Martin Schulz hat nichts anderes gesagt als der Papst. Der Papst hat über Radio Vatikan, die Stimme des Papstes in der Weltkirche, den Kurs, den Herr Seehofer momentan zu verantworten hat, nicht als den einer Partei bezeichnet, die sich christlich nennt. Diese päpstliche Stimme sollte Herr Seehofer, der sich sonst gerne mit dem Heiligen Vater fotografieren lässt, beherzigen.

(Beifall bei der SPD)

Christlich zu sein ist etwas anderes als christlich zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU. Deswegen komme ich nun zurück zum Antrag und zu einer Bitte. Kommen Sie zu einem sachlichen und vernünftigen Umgang und

(Lachen bei der CSU)

zu einer konstruktiven Gestaltung des europäischen Prozesses zurück. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich erteile Frau Kollegin Müller das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SPD-Antrag hat uns anfänglich verwundert, da er sehr allgemein gefasst ist. Eine Dringlichkeit der vorgebrachten Punkte erschließt sich aus unserer Sicht aktuell nicht. Wir haben uns schon gefragt, warum die SPD jetzt im Bayerischen Landtag diesen Antrag einbringt, obwohl es eigentlich ein Bundesthema wäre und die SPD im Bund mitregiert und auch im Europäischen Parlament 23 Abgeordnete hat, die nach eigenen Aussagen täglich für ein soziales und starkes Europa arbeiten. Wir FREIEN WÄHLER wissen natürlich um die Arbeitsmarktpolitik und auch um die vielen Baustellen, die es dort gibt. Das Motto "Höher, schneller, weiter" kennen wir alle, und es beschäftigt uns natürlich, dass Arbeitnehmer erhöhte Flexibilität zeigen und nachweisen müssen. Die fehlende Lohngleichheit bei Männern und Frauen und die Anteile der befristeten Arbeitsverträge lehnen wir genauso wie die Kollegen der SPD ab. Allerdings glauben wir, dass der Antrag zu einseitig gefasst ist und sich nur auf die Arbeitnehmer bezieht. Deshalb wollten wir den Antrag eigentlich ablehnen. Ich sage bewusst, "wollten", lieber Herr Kollege. Nachdem ich gesehen habe, dass Sie diesen Antrag genutzt haben, um die Entgleisungen der CSU im Bereich des Europawahlkampfes darzustellen,

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Holetschek (CSU): Komm jetzt!)

haben wir jetzt natürlich ein bisschen mehr Sympathie für Ihren Antrag und werden ihm trotzdem zustimmen, obwohl wir glauben, dass es bei einem solchen Schritt, wie Sie ihn in Ihren Anträgen formuliert haben, nämlich mehr Kompetenzen nach Europa abzugeben, tatsächlich einer Volksabstimmung bedarf. Wir geben nur dann Kompetenzen an Europa ab, wenn dies von den Bürgern mitgetragen wird. Deshalb haben wir unseren Antrag etwas anders formuliert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Trotzdem werden wir diesem Antrag zustimmen. Für uns gilt, dass wir bei Fragen von so großer Tragweite das Volk mitreden lassen müssen. Deswegen ist das in unserer

Ziffer 2 aufgeführt. Wir brauchen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen in Europa nicht nur für Arbeitnehmer, sondern auch für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wir brauchen ein soziales Europa genauso für die familiengeführten bäuerlichen Betriebe. Wir dürfen nicht zulassen, dass Großkonzerne das Rückgrat unserer Wirtschaft gefährden. Der Mittelstand sorgt für Ausbildung, Beschäftigung und Wohlstand. Das gehört auch zu einem sozialen Europa. Wir brauchen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen.

Wir haben viele Themen aufgegriffen. Wir kennen die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit genauso und wollen mit diesem Antrag massiv dazu beitragen, dass es zu Verbesserungen kommt.

Wir stellen in unserem Antrag aber die Soziale Marktwirtschaft in einen Rahmen. Wir treten für Eigenverantwortung verbunden mit Solidarität ein, den Schutz des privaten Eigentums und für Subsidiarität. Wir fordern in unserem Antrag ein klares Bekenntnis zu den sozialen Rechten der europäischen Grundrechts-Charta. Wir wollen ein Bekenntnis zu den ILO-Standards zum Schutz von Arbeitnehmerrechten und zur Sozialen Marktwirtschaft als Modell, das am besten für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Bayern, Deutschland und Europa sorgen kann, ein Bekenntnis zur Stärkung des Mittelstandes und ein Bekenntnis zu einem Europa, das im Rahmen seiner bestehenden Zuständigkeiten unter Wahrung der Subsidiarität den Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessert. Wir wollen ein Bekenntnis zur Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und dazu, für angemessene Bezahlung und für faire Regeln auf dem EU-Arbeitsmarkt zu sorgen.

Die Punkte, die wir in unserem Antrag aufgeführt haben, sind richtig und wegweisend. Ich bitte Sie daher zu einem Bekenntnis zur Stärkung der europäischen Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, um Schwarzarbeit, Schattenwirtschaft, Schlepperunwesen und Korruption effektiv bekämpfen zu können. Ich würde mich freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, würden Sie bitte für eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Holetschek noch einmal ans Rednerpult kommen?

Klaus Holetschek (CSU): Habe ich mich jetzt getäuscht, oder habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie den SPD-Antrag eigentlich ablehnen wollten, ihm aber jetzt zustimmen, weil er gegen die CSU gerichtet ist? Ist das jetzt Ihr Ernst, dass Sie von der Sache abweichen, Hauptsache, man prügelt auf die CSU ein? Und dann seid ihr so flexibel und stimmt dem Antrag zu, oder?

(Beifall bei der CSU)

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Nein. Herr Kollege, ich glaube, Sie haben den Antrag, dem man zustimmen oder den man ablehnen kann, genau gelesen. Mir ging es zuerst darum, dass wir sagen, wir wollen keine Kompetenzen nach Brüssel verlagern, bevor wir nicht das Volk befragt haben. In diesem Zusammenhang hat sich mir erschlossen, warum die SPD diesen Antrag so gestellt hat, nämlich um im Europawahlkampf Dinge herauszustellen, die von Ihrer Partei gekommen sind. Ob wir intern sagen, dass wir dem Antrag zustimmen oder ihn ablehnen, müssen Sie den FREIEN WÄHLERN schon selber überlassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Wittmann. Bitte schön, Frau Kollegin.

Mechthilde Wittmann (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir eine erste Bemerkung zu Herrn Kollegen Dr. Förster. Herr Dr. Förster, wir haben im Europaausschuss in den letzten Wochen in ganz hervorragender Art und Weise zugunsten Bayerns und Europas zusammengearbeitet. Ihr Vortrag hier ändert das.

(Beifall bei der CSU – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der SPD)

Erlauben Sie mir ein direktes Zitat des Ministerpräsidenten: "Die lautesten Kühe geben die wenigste Milch." Sie haben zu Ihrem Antrag, nachdem Sie dazu lediglich gesagt haben, Sie bitten ganz generell um Zustimmung, leider kein weiteres Wort mehr verloren. Ich weiß auch, warum, und werde es gleich darstellen. Sie haben gesagt, mit der CSU ist es wie mit Crystal Meth: Die Droge zersetzt das Gehirn - und im Interesse des Stils der Auseinandersetzung wollen Sie das nicht. Wenn das Ihr Stil der Auseinandersetzung ist, werden wir uns dem nicht anschließen. Das ist der Würde dieses Hauses nicht angemessen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Müller, zu Ihrer Rede braucht es keine weiteren Erläuterungen. Der Kollege Holetschek hat es bereits gesagt: Wenn ein Antrag, dem Sie nicht zustimmen wollen, dadurch zustimmungsfähig wird, dass in einer dermaßen polemischen Art und Weise einmal kurz ein Querschläger gelandet wird, dann tun Sie das bitte. Ich bin nicht ganz davon überzeugt, dass wir die Wahlbeteiligung in Europa mit diesem Stil exzessiv erhöhen werden.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt würde ich vorschlagen, dass wir auch noch ein paar Worte zum Dringlichkeitsantrag der SPD verlieren, nachdem die SPD selber darauf verzichtet hat. Die SPD beantragt ein Bekenntnis zu einem starken und sozialen Europa mit "guter Arbeit". Ich meine, dem können wir alle nur zustimmen. Das ist ein ganz hervorragender Satz, und dieses Bekenntnis wird durch die Politik Europas in den letzten Jahren gestärkt. Denken Sie an das ISF, das die Wirtschafts- und Währungsunion in Europa seit 50 Jahren begleitet, das Beschäftigungsmaßnahmen stützt und die Förderung sozialer und wirtschaftlicher Koalitionen zum Ziel hat, und nehmen Sie zur Kenntnis, wie hoch hier der Etat ist. 75 % des gesamten EU-Haushaltes fließen nur in solche Maßnahmen. Meine

Damen und Herren, das ist ein ganz hervorragender Erfolg der europäischen Politik auf dieser Ebene.

Wenn Sie zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland allein ein Drittel des Budgets für diese Maßnahmen aufbringt, sehen Sie, dass Deutschland seiner Verantwortung für die EU-Länder aus eigener Stärke heraus, aus seiner Stärke am Arbeitsmarkt und aus seiner Stärke der sozialen Systeme in ganz außergewöhnlicher Art und Weise gerecht wird. Darauf bin ich als Deutsche und Bayerin sehr stolz.

Wir haben aus der Krise heraus das Programm "Europa 2020" aufgelegt, ein Programm, das als intelligent, nachhaltig und integrativ bezeichnet wird, weil es Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation fördert und weil es vorrangig die Schaffung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Arbeitskraft zum Ziel hat. Das ist genau das, was wir tun müssen. Wir müssen die Menschen vor Ort genau dafür stärken.

Lassen Sie mich auch noch das Zielprogramm ansprechen, das mit 920 Millionen Euro besonders eine hochwertige und nachhaltige Beschäftigung fördern und gewährleisten will, dass es einen fairen sozialen Schutz mit dem absoluten Schwerpunkt auf der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gibt. Allein dorthin fließen über 61 % dieser Gelder. Die europäische Jobbörse EURES hat 18 % gleich 160 Millionen Euro Mikrofinanzierung etc. Sie sehen, es gibt einen bunten Strauß von Maßnahmen, die bereits geleistet werden. Schließlich geht es um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den anderen Ländern. Die Mittel hierfür wurden allein in diesem Jahr um weitere 6 Milliarden Euro aufgestockt. Wer da sagt, Europa ist nicht sozial und kümmert sich nicht um die Jugend, hat einfach keine Ahnung von Europa.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Hohlmeier hat gesagt: mehr in Rumänien und Bulgarien investieren!)

Ich komme zum zweiten Teil des Antrags, den, wie mir scheint, keiner wirklich gelesen hat. Dort werden alle politischen Ebenen aufgefordert, in der Europäischen Union in

der nächsten Wahlperiode für diese Dinge Rechnung zu tragen. Sie wollen, dass die Sorge um Soziales, Arbeit, Beschäftigung und regionale Förderung auf die EU-Ebene übertragen wird. Dafür bekommen Sie niemals unsere Zustimmung. Für mich ist nichts so wichtig, wie dass die regionale Zuständigkeit gerade für Soziales und Arbeitsmarktpolitik bei den Ländern und den Regionen bleibt; denn nur dort kann individuell gefördert werden, was individuell gefördert werden muss.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und dann unterstützen Sie das Freihandelsabkommen!)

- Herr Kollege Aiwanger, es würde Ihrer Entscheidungsfindung und Wissensfindung helfen, wenn Sie mir zuhören würden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich höre Ihnen zu!)

Ich habe beim letzten Mal zum Freihandelsabkommen gesprochen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich hinterfrage nur Ihre Sätze!)

Davon haben Sie offensichtlich nichts mitbekommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, Frau Lehrerin!)

Wir werden nichts nach Europa verlagern, und ich sage Ihnen, warum: weil Bayern mit seiner Sozial- und Arbeitsmarktpolitik außergewöhnlich erfolgreich ist. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote und die höchste Erwerbstätigenquote. Wir haben die ohnehin niedrige Arbeitslosenquote in den letzten fünf Jahren in Bayern noch einmal halbieren können. In den meisten Regionen herrscht faktisch Vollbeschäftigung.

Lassen Sie mich zu den Kernpunkten kommen, die Indikatoren für Entwicklung und Zukunft sind. Wir haben in Bayern die europaweit beste Ausbildungsstellensituation. Auf 100 unversorgte Bewerber kommen 834 freie Stellen. Wir wollen nicht, dass das von Europa neu reguliert wird. Wir wollen in Bayern dafür sorgen, dass diese Angebote da sind. Wir wollen viel lieber, dass Europa von Bayern lernen kann.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben – darauf lege ich ganz großen Wert – den niedrigsten Anteil Langzeitarbeitsloser und sind erfolgreich darin, die Menschen, wenn sie denn aus dem Netz fallen, wieder in Arbeit zu bringen. Das bringt die Menschen zurück in die Gesellschaft und gibt ihnen Selbstbewusstsein zurück. Das ist besser als jedes Gießkannenprinzip, bei dem man nicht weiß, wo etwas ausgekippt wird.

Lassen Sie mich schließlich ein letztes Argument dafür ausführen, warum die Regionen zuständig bleiben müssen. Wir haben die Spanne zwischen der höchsten und der niedrigsten Arbeitslosigkeit in den Regierungsbezirken, also die Spanne zwischen den Bezirken, die aufgrund von Tourismus usw. stark sind, und den Bezirken, die wegen Abwanderungen oder ihrer Randlage gewisse Schwächen haben, in den letzten fünf Jahren halbieren können. Das sind nur noch 1,3 % und ist fast schon nicht mehr nennenswert, und daran arbeiten wir weiter.

Meine Damen und Herren, fallen Sie nicht auf den Placebo-Antrag der SPD herein, der nichts anderes ist als eine Auftaktveranstaltung zur Beschimpfung Einzelner.

(Inge Aures (SPD): Das sagt die Richtige!)

Wir werden dem Antrag nicht zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir brauchen ein Europa, in dem auch die sozialen Interessen der Menschen ernst genommen werden und in dem die Menschen nicht zu kurz kommen. Wir wollen ein Europa, das die Schicksale der Bürgerinnen und Bürger ernster nimmt als bisher und die Lobby-Interessen zurückdrängt. Wir wollen ein Europa, das fair und

solidarisch ist und wieder mehr das Gemeinwohl im Auge hat. Wir wollen ein Europa, in dem die Krise nicht mehr länger durch eine einseitige Kürzungspolitik verschärft wird.

Wir wollen stattdessen Arbeitsplätze durch einen grünen Umbau der Wirtschaft und im Bereich der Umweltinvestitionen. Wir wollen sinnvolle Investitionen und vermehrte Bildungsausgaben, und wir wollen ein Europa, das den Menschen wieder mehr Perspektiven und Arbeitsplätze verschafft. Wir wollen ein Europa, das die Menschenrechte verteidigt und die Rechte und die Würde der Menschen – auch die von Flüchtlingen – schützt.

Wir stimmen dem Antrag der SPD zu, in dem es heißt, dass sich der Bayerische Landtag zu einem starken sozialen Europa bekennt und in der nächsten Wahlperiode für eine grundlegende Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen Sorge tragen will. Das bedeutet nicht, dass man Kompetenzen auf die nächste Ebene verlagern muss. Das bedeutet aber, dass wir uns gemeinsam im Europaparlament und durch die Nationalstaaten mehr um die Belange der Menschen in Europa kümmern, auch derjenigen, denen es vielleicht nicht ganz so gut geht wie denen in Oberbayern.

Wir stellen uns gegen die Politik des einseitigen Sparens, das Sozialabbau und Armut befördert und die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern leider verstärkt hat. Wir wollen ein Europa, das der Jugend eine Zukunft bietet. Da muss sich die Europapolitik ändern, aber 6 Milliarden Euro reichen nicht, wenn man den Betrag auf derzeit 6 Millionen arbeitslose junge Menschen umrechnet. Das ist ein Klecks auf einen heißen Stein.

Wir wollen nicht, dass die Jugend die Zeche für eine falsche Finanzpolitik zahlen muss. Europa muss mehr Geld für die Jugend, für Zukunftsinvestitionen und für Bildung in die Hand nehmen, und da reichen 6 Milliarden Euro nicht.

Wir haben uns im Wahlkampf immer wieder die Europaprogramme der Parteien angeschaut. Ich habe festgestellt, dass es in allen Parteiprogrammen Aussagen zur Jugendarbeitslosigkeit gibt, nur leider nicht im Parteiprogramm der bayerischen CSU. Ich

stelle fest, dass die CSU eine Partei ist, die wenig Ahnung von Europa hat. Vielleicht ist das einfach das Schicksal einer Regionalpartei. Das Wort "Jugend" kommt bei Ihnen nicht vor.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie sollten dieses Problem wirklich ernster nehmen. 6 Millionen jugendliche Arbeitslose in Europa sind ein Thema, das Sie komplett ignorieren und das an Ihnen komplett vorbeigeht, Hauptsache, uns geht es gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So ist es leider. Lassen Sie andere Leute die Programme schreiben, dann müssen Sie sich nicht dafür schämen.

(Karl Freller (CSU): So etwas Seichtes habe ich schon lange nicht mehr gehört!)

Wir wollen nicht, dass in Bayern im Wahlkampf weiter billige Schmutzelei zulasten von Saisonarbeitern betrieben wird. Wir wollen eine Politik, die mit anderen Ländern auf Augenhöhe kommuniziert und mit der wir die sozialen Probleme der Menschen lösen können, was besser ist, als nur darüber nachzudenken, wie man die Schuldenprobleme lösen kann. Das ist wichtig; aber wir wollen auch die sozialen Probleme lösen.

Wir stimmen dem Antrag der SPD zu,

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

wir haben aber leider, liebe Kollegin, ein Problem mit Ziffer 2 Ihres Antrags.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Lieber Kollege Aiwanger, dem Teil 1 stimmen wir gerne zu. Mit Ziffer 2 haben wir ein Problem, das ich Ihnen gerne erläutere: Wir wollen die Rechte des Europäischen Parlaments stärken. Wir wollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf Mitwirkung stärken, und wir glauben, dass wir über europäische Fragen auf europäischer Ebene

abstimmen sollten und nicht auf nationalstaatlicher Ebene. Das wäre ja so ähnlich, wie wenn wir beide in Schwaben ein Volksbegehren für irgendeine landesrelevante Frage durchführen. So funktioniert Bayern nicht, und so funktioniert Europa auch nicht. Deshalb können wir leider Ihren Antrag nicht mittragen; Ziffer 1 können wir jedoch sehr wohl mittragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Müller hat für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Liebe Kollegin, ich glaube, ich habe in meinen Ausführungen klar und deutlich gemacht, dass es in dem Antrag der SPD darum geht, Kompetenzen nach Europa abzugeben. Wir FREIEN WÄHLER sind der Meinung, dass wir Kompetenzen nur abgeben können – in diesem Fall ist das Soziale eben Bundesaufgabe –, wenn das Volk zustimmt. Deshalb wollten wir, wenn man Kompetenzen verlagert, eine Volksabstimmung. Darum steht Ziffer 2 drin. Wir können über sie leider nicht getrennt abstimmen lassen, sondern lassen den Antrag als Ganzes stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Christine Kamm (GRÜNE): Liebe Kollegin Müller, ich verstehe den Antrag der SPD so, dass sich Europa mehr um die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und insbesondere auch der arbeitslosen Jugend kümmern soll. Dies bedeutet nicht, dass wir Kompetenzen abtreten. Das können wir auch gemeinsam tun, ohne Kompetenzen abzutreten. Solidarität ist ein wichtiges Stichwort. Wir müssen insgesamt die europäische Demokratie stärken. Nationale Volksabstimmungen sind für uns in dieser Frage nicht der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Müller um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Förster, Sie haben mit Ihrer Rede dick unterstrichen, dass der Dringlichkeitsantrag der SPD natürlich ein Wahlkampfantrag ist, gar keine Frage.

(Beifall bei der CSU)

Herr Dr. Förster, Sie sagten auch, dass wir zu einem sachlichen Umgang zurückkehren sollten. Dies tue ich jetzt, so wie Sie es vorhin gewünscht haben.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das machen Sie ja nie!)

Für uns als CSU und vor allem als Staatsregierung ist klar: Wir sagen Ja zu Europa, aber wir wollen in Europa keinen Zentralismus, sondern wir wollen Subsidiarität, und wir wollen vor allem auf keinen Fall einen EU-Supersozialstaat, der auf Gleichmacherei setzt.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist normalerweise nicht meine Art und auch nicht in meiner Zuständigkeit, europapolitische Lehrstunden zu erteilen. Aber ich erlaube mir aus meiner Erfahrung heraus schon den Hinweis, dass sich die Europäische Union in ihren Verträgen eindeutig zum Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft bekennt und in ihrer Charta der Grundrechte ausdrücklich soziale Rechte formuliert. Dadurch macht die Europäische Union nach außen deutlich, dass die gemeinsame europäische Wertordnung neben politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rechten auch soziale Rechte beinhaltet.

Um sie umzusetzen, haben die Staats- und Regierungschefs vor mehr als drei Jahren die Strategie "Europa 2020" beschlossen und damit die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion definiert und unterstrichen; die Kollegin Wittmann hat

vorhin darauf hingewiesen. Das Ziel ist ein wirtschaftlich starkes Europa, und Wachstum soll dabei allen zugutekommen und niemanden ausgrenzen. So hat sich die Europäische Union erstmals in ihrer Geschichte ein konkretes Ziel zur Armutsbekämpfung gesetzt, nämlich – es steht wirklich darin –: Bis zum Jahr 2020 sollen europaweit 20 Millionen Menschen aus der Armut geholt werden, auch mithilfe des Europäischen Sozialfonds. Deutschland und die Bundesregierung bekennen sich ausdrücklich zur "Europa 2020"-Strategie, und Bayern und die Bayerische Staatsregierung tun dies übrigens ebenfalls. Deshalb muss jeder Mitgliedstaat zunächst einmal seine eigenen Hausaufgaben machen. Deutschland hat dies getan. Unsere Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit sprechen für sich. Kollegin Wittmann hat vorhin auch die bayerischen Zahlen noch einmal im Detail erörtert, und ich kann nur sagen, ich unterstreiche dies. Wir stehen hierbei sehr gut da, weil wir unsere Hausaufgaben in der Vergangenheit gemacht haben.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Es geht ja nicht darum!)

Wir haben rechtzeitig wichtige Strukturreformen angepackt, und ich darf Ihnen sagen: die Union und die SPD gemeinsam und nicht irgendjemand anders. Ich erinnere nur an die Agenda 2010, die ein Bundeskanzler der SPD geschaffen hat und die wir alle mitgetragen haben, und wir tun es noch immer ohne Wenn und Aber. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD: Die Große Koalition im Bund hat mit Unterstützung des Freistaates wichtige sozialpolitische Ziele vereinbart und steckt derzeit mitten in der Umsetzung.

Wir haben uns auf einen gesetzlichen Mindestlohn geeinigt, der von den Sozialpartnern gemeinsam festgelegt wird. Die Entsenderichtlinie ist in deutsches Recht überführt. Unser Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und das Teilzeit- und Befristungsgesetz setzen die bestehenden europarechtlichen Grundlagen um. Wir haben im Koalitionsvertrag des Bundes weitere Verbesserungen vereinbart, wie die Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten bei der Zeitarbeit und eine Erleichterung der Rückkehr aus der Teilzeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Bekämpfung der Schwarzarbeit funktioniert. Nur eine Zahl: Der Zoll hat im Jahr 2013 in 135.000 Verfahren wegen Schwarzarbeit ermittelt und dabei einen Schaden von insgesamt 777 Millionen Euro aufgedeckt. Auch die Mütterrente kommt und die abschlagsfreie Rente ab 63, die Ihnen so ganz besonders am Herzen liegt. Nur dürfen wir keine Frühverrentungsansätze schaffen.

Auch in Sachen Arbeits- und Gesundheitsschutz sind wir in Deutschland und in Bayern Vorreiter. Wir sind die Messlatte für andere Länder in ganz Europa. Bayern liegt auch an der Spitze in Europa, was die Chancen von jungen Menschen betrifft. Die Jugendgarantie ist wichtig, vor allem für die jungen Menschen in Portugal, Spanien und Griechenland. Wir wollen keine verlorene Generation in Europa haben. Deshalb verstehe ich überhaupt nicht, Frau Kamm, dass Sie behaupten, dass es im CSU-Programm keine klare Aussage zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gäbe. Auf Seite 10 des CSU-Programms finden Sie ganz konkret, was die CSU einfordert. Wir wollen für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa die Weichen stellen, damit junge Menschen eine Perspektive und eine Chance haben.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Frauenquote kommt, aber wichtig für uns ist nicht nur die Vorstandsetage, sondern gerade auch die mittlere Führungsetage, in der Frauen nach wie vor nicht nach oben kommen. Die Ausgestaltung des Entgeltgleichgesetzes werden wir kritisch begleiten, um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen. Darauf haben wir uns im Koalitionsvertrag ebenfalls verständigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, schauen Sie sich unseren gemeinsamen Koalitionsvertrag in Deutschland an. Sie werden das Allermeiste, was Sie hier fordern, darin wiederfinden. Deshalb legt Bayern größten Wert auf die Feststellung, dass die Zuständigkeit, aber auch die Verpflichtung für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bei den Mitgliedstaaten liegt. Dabei muss es in der Zukunft bleiben; denn sie gehören zum Kernbereich der nationalstaatlichen Souveränität. Abstrakte Debatten sind

deswegen aus meiner Sicht kontraproduktiv. Es darf nicht sein, dass wir die versäumten Strukturreformen anderer Staaten nachholen. Deshalb ist der Duktus Ihres Antrags europarechtlich und europapolitisch falsch.

Wer glaubt denn ernsthaft daran, dass der Wille zu notwendigen Reformen zunimmt, wenn der Druck abnimmt? Das glaubt von uns niemand, und draußen glaubt es erst recht niemand. Andersherum wird ein Schuh daraus. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, notwendige Strukturreformen endlich anzugehen. Gerade die Jugend in Europa braucht eine Perspektive. Der Bayerische Landtag ist für diesen Antrag der falsche Adressat.

Meine dringende Bitte ist: Tragen Sie Ihre Anliegen und den Antrag an Ihre europäischen Kollegen in Regierungsverantwortung heran, zum Beispiel an den französischen Präsidenten Hollande, der Dringendes zu tun hat, um die Situation in seinem Land zu verbessern.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Zu einer Zwischenbemerkung hat Frau Kollegin Müller das Wort.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Staatsministerin, ich habe Ihren Ausführungen genau zugehört und mit Verwunderung festgestellt, dass das bayerische Ministerium alles macht, was in dem Antrag gefordert wird. Sie bekennen sich genau zu dem, was in dem SPD-Antrag steht. Die CSU könnte leicht zustimmen, schon im Blick auf das, was der Kollege Förster gesagt hat. Er hat gesagt, er wolle jetzt das soziale Europa der Arbeitnehmer haben. Dann würden andere Anträge folgen. Also könnten Sie in Ihrer Partei das Votum doch nachvollziehen.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Das ist die Aufgabe unserer Fraktion. Da ist die Kompetenz unserer Fraktion angesprochen. Ich kann nur sagen, dass es sich um einen Schaufensterantrag, einen Wahlkampf Antrag gehandelt hat.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden hierbei getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/1915, Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1946. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.04 bis 15.09 Uhr)

Ich schließe den Abstimmungsvorgang. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Das Ergebnis wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich gebe jetzt das Ergebnis der Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Für ein soziales Europa der Demokratie, Subsidiarität und der sozialen Marktwirtschaft" auf Drucksache 17/1946 bekannt. Mit Ja haben 79 und mit Nein 63 Abgeordnete gestimmt. Es gab 3 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER angenommen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Für ein soziales Europa der Demokratie, Subsidiarität und der sozialen Marktwirtschaft (Drucksache 17/1946)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas			
Aigner Ilse				Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin		X	
Bauer Volker		X		Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar	X			Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann		X		Hartmann Ludwig		X	
Blume Markus	X			Heckner Ingrid	X		
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert	X			Herold Hans	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herrmann Florian	X		
Brückner Michael	X			Herrmann Joachim			
von Brunn Florian		X		Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra		X	
				Hintersberger Johannes			
Celina Kerstin		X		Hofmann Michael	X		
				Holetschek Klaus	X		
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard			
Dorow Alex				Huber Erwin		X	
Dünkel Norbert	X			Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Dürr Sepp		X		Dr. Huber Martin	X		
				Huber Thomas	X		
Eck Gerhard				Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute				Huml Melanie			
Eisenreich Georg	X						
				Imhof Hermann	X		
Fackler Wolfgang	X						
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Jörg Oliver	X		
Fehlner Martina		X					
Felbinger Günther	X			Kamm Christine		X	
Flierl Alexander	X			Kaniber Michaela	X		
Dr. Förster Linus		X		Karl Annette		X	
Freller Karl	X			Kirchner Sandro	X		
Füracker Albert	X			Knoblauch Günther		X	
				König Alexander		X	
Ganserer Markus			X	Kohnen Natascha		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	79	63	3